

Konferenz Bundesrat-Föderativverband.

Keine Einigung über Inkrafttreten der Besoldungsmassnahmen

Keine Einigung brachte die Konferenz vom 31. August zwischen einer Delegation des Bundesrates unter Leitung von Bundesrat Otto Stich und dem Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe über das Inkrafttreten der Besoldungsmassnahmen 1991 für das Bundespersonal.

Die Delegation des Bundesrates hielt grundsätzlich an der Absicht fest, die ursprünglich auf 1. Juli 1991 vorgesehenen Besoldungsmassnahmen um höchstens ein halbes Jahr auf den 1. Januar 1992 zu verschieben. Immerhin sicherte die Delegation des Bundesrates zu, die von Verbandsseite vorgebrachten Argumente dem Gesamtbundesrat zur Kenntnis zu bringen und zur Diskussion zu stellen.

Der Föderativverband hält' am mit dem Bundesrat ursprünglich erzielten Verhandlungsergebnis fest. Die Vertreter des Föderativverbandes werden in der parlamentarischen Debatte entsprechende Anträge stellen. Das Bundespersonal erwartet, dass das Parlament die Besoldungsmassnahmen auf 1. Juli 1991 in Kraft setzt,

Die Delegation des Bundesrates begründete ihren Entscheid mit den volkswirtschaftlich nicht zu vertretenden hohen Zuwachsraten im Bundesbudget, der Bekämpfung der Teuerung sowie der Opfersymmetrie bei den Sparübungen. Die Vertreter des Föderativverbandes bezeichneten die Absichten des Bundesrates als Verstoß gegen die Regeln der Sozialpartnerschaft und gegen Treu und Glauben. Sie bezichtigten den Bundesrat, mit seiner Budgetpolitik der Zerstörung des sozialen Friedens in der Schweiz Vorschub zu leisten.

Der Föderativverband macht weiter geltend, dass sich die Personalsituation des Bundes, insbesondere bei PTT und SBB, seit Abschluss der Verhandlungen noch weiter verschlechtert hat. Die sachlichen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung auf 1. Juli 1991 seien nach wie vor unverändert vorhanden. Die Verschiebung des Besoldungspakets löse beim Bundespersonal eine Welle der Enttäuschung und Empörung aus. Die Bereitschaft des Personals, zur Sicherung der Dienstleistungen weiterhin im bisherigen Ausmass Überzeit zu leisten, auf freie Tage zu verzichten und andere Sonderleistungen zu erbringen, werde schwinden.

Der Föderativverband machte den Bundesrat darauf aufmerksam, dass die „Einsparung“ im Budget 1991 den Bund wegen des gefährdeten Dienstleistungsangebotes und der zunehmenden Austritte von gut ausgebildetem und qualifiziertem Personal sehr teuer zu stehen kommen könnte. Der Föderativverband müsse die Verantwortung für diese Folgen des Vertrauensbruches durch den Bundesrat ablehnen.

Die Delegation des Bundesrates bestand aus den Bundesräten Dr. Otto Stich, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, und Kaspar Villiger, Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes. Der Föderativverband war durch seine Geschäftsleitung, der VPOD durch den geschäftsleitenden Sekretär, Walter Renschler, und seinen Stellvertreter, Ruedi Steiger, vertreten.

Der öffentliche Dienst, 7.9.1990.

Föderativverband > Lohnverhandlungen. Bundesrat. OeD, 1990-09-07